

UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V. –
Ansprechpartnerin: A. Zumdick – info@uokg.de – +49 30 55779620 - www.uokg.de

Pressemitteilung

Berlin, 24. November 2022

Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke veranstaltete am 24. November 2022 gemeinsam mit der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft ein Fachgespräch zum Thema "Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR". Es wurden die Hintergründe der Häftlingszwangsarbeit und seinen bis heute andauernden Folgen durch Expertinnen und Experten näher beleuchtet. Darüber hinaus kamen ehemalige Häftlinge als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu Wort und schilderten den anwesenden Bundestagsabgeordneten bedrückend ihren Leidensweg.

Hierzu erklärt die SED- Opferbeauftragte Evelyn Zupke:

„Ich werbe bei den Unternehmen dafür, dass sie ihre Firmenarchive öffnen und unabhängige Forschung zu Beteiligungen an der Zwangsarbeit ermöglichen. Kein heutiger Vorstandsvorsitzender und keine heutige Geschäftsführerin sind dafür verantwortlich, was damals in den Gefängnissen geschah. Die heutigen Unternehmensleitungen tragen aber Verantwortung dafür, wie die Firmen heute mit den dunklen Kapiteln der Unternehmensgeschichte umgehen. Ebenso ist auch die Politik gefragt. Gerade die bundeseigenen Unternehmen, wie die Deutsche Bahn AG, sollten zum Vorbild im Prozess der Aufarbeitung der Zwangsarbeit und bei der Unterstützung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter werden. Gleichzeitig sollten wir die Erschließung der Archivbestände zum innerdeutschen Handel forcieren.“

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG):

„Den politischen Häftlingen der DDR ist in mehrfacher Hinsicht staatliches Unrecht angetan worden. Viele leiden auch heute noch an gesundheitlichen Folgen. Es ist schwer verständlich, dass es in einem der reichsten Länder der Welt eines Lieferkettengesetzes bedurfte, um Unternehmen zu anständigem Handeln zu veranlassen. Es ist an der Zeit, auch unternehmerisches Handeln in der Vergangenheit zu bewerten und moralische Verantwortung einzufordern.“

Hintergrund:

Von den rund 250.000 politischen Häftlingen, die es von 1945 bis 1989 in der Sowjetischen Besatzungszone und der SED-Diktatur gegeben hat, mussten die allermeisten Zwangsarbeit leisten. Die unmenschlichen Bedingungen, welche nicht nur gegen internationale Normen, sondern auch gegen in der DDR geltende Vorschriften verstießen, wurden in den letzten Jahren in verschiedenen Studien beschrieben und durch Presseberichte und Dokumentationen und insbesondere durch die Berichte von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aufgedeckt. Im Zuge der Häftlingszwangsarbeit wurden nicht nur Waren für die DDR produziert, sondern auch im Auftrag von und für westdeutsche und internationale Firmen. In den zurückliegenden Jahren hat sich insbesondere die UOKG für eine weitere Aufarbeitung der Zwangsarbeit und eine Wiedergutmachung für die Betroffenen gegenüber den Firmen eingesetzt. Bislang hat mit IKEA nur ein Unternehmen angekündigt, sich an einer Unterstützung der Betroffenen beteiligen zu wollen.